

Direktor Jolles

Botschafter Lantuetin, Probst, Rothenbühler

Minister Moser

B, Wa/Jag., Ly.

1. November 1973

Notiz an Herrn Bundesrat E. Brugger

Ly/gt - 745.1 / 258.1

Aussenwirtschaftliche vorsorgliche
Massnahmen zur Sicherung der Lan-
desversorgung mit Erdöl

Trotz der Boykottdrohungen und der sprunghaften Eskalation der Preise ist die Versorgung der Schweiz mit Rohöl und Erdölprodukten bisher nicht namhaft gestört. Die infolge interner Schwierigkeiten dekretierte vorübergehende Exportsperrre in Italien, könnte jedoch, falls sie andauert, bei uns zu Versorgungsengpässen führen. Dasselbe gilt selbstverständlich, auf etwas längere Sicht, in bezug auf die durch die Produzentenländer dekretierten Exportbeschränkungen und Embargos.

Schwerwiegende Auswirkungen werden die bereits eingetretenen Preiserhöhungen haben: Neuer Inflationsschub, Vergrösserung der Devisenguthaben der Produzentenländer und damit zusammenhängende erneute Gefährdung der prekären monetären Lage, Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzen und daraus sich ergebende Schwierigkeiten insbesondere in bezug auf die Aufrechterhaltung der Kapitalhingaben von seiten der Industrieländer an die nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländer.

Im Sinne vorsorglicher Massnahmen zur Sicherung der Versorgung unseres Landes sowohl mit Rohöl als auch mit Fertigprodukten haben wir folgende Schritte unternommen bzw. erwogen:

Interne Koordination

Gemäss der anlässlich der ersten Suez-Krise festgelegten Regelung ist der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge für die internen Versorgungsfragen zuständig, während die Handelsabteilung für die Wahrung der aussenwirtschaftlichen Aspekte zuständig ist. Zwischen den beiden Amtsstellen findet ein permanenter Informationsaustausch statt, an dem auch das EPD und das Amt für Energiewirtschaft beteiligt sind. Auch zum Büro des Beauftragten für die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne besteht eine Verbindung.

OECD

Letzte Woche fand in Paris eine ausserordentliche Session des Erdölkomitees der OECD statt. Angesichts der Bedeutung dieser Sitzung wurde die Schweizerische Delegation durch Botschafter Languetin geleitet.

Da die Versorgungslage noch unklar ist, aber auch aus politischen Gründen, war man im Ausschuss einhellig der Ansicht, der Moment sei noch nicht gekommen, um den Versorgungsnotstand auszurufen. Damit werden auch nicht die in einem solchen Fall automatisch in Kraft tretenden OECD-Verteilungssysteme für Europa (ohne Finnland) in Kraft gesetzt.

Praktisch alle Mitgliedstaaten haben jedoch ein Spar- und Restriktionsdispositiv bereitgestellt. Am 20. November wird das Komitee einen schweizerischen Vorschlag prüfen, wonach diese Massnahmen möglichst international koordiniert werden sollten.

Im weiteren hat die Schweizerische Delegation ins Protokoll der Sitzung eine Erklärung aufnehmen lassen, wonach die Mitgliedstaaten bereits jetzt eingeladen werden, ohne eventuell später zu fassende OECD-Beschlüsse (Ausrufung des Notstandes) zu präjudizieren, den normalen Handelsverkehr mit Fertigprodukten so wenig wie möglich zu stören. Insbesondere sollten die Regierungen die "importations et exportations traditionnelles in unverändertem Umfang oder zumindest im Verhältnis zu den verfügbaren Lieferungen aufrecht erhalten.

Unsere Botschaften im OECD-Raum sind hierüber informiert und gebeten worden uns zu berichten, wie in den OECD-Hauptstädten die Lage beurteilt wird sowie uns wissen zu lassen, welche Spar- und Restriktionsmassnahmen die Regierungen ihrer Gastländer getroffen haben oder zu treffen beabsichtigen.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Bekanntlich gibt es noch keine gemeinsame Energie- und insbesondere Erdölpolitik der neuen EG-Staaten. Die Kommission hat aber letzte Woche vorgeschlagen, einerseits das innergemeinschaftliche Informationswesen im Erdölbereich auszubauen und andererseits zu prüfen, inwiefern die EG-Länder ihre Spar- und Restriktionsmassnahmen harmonisieren könnten.

Die von Italien, Belgien und den Niederlanden dekretierten Exportverbote bzw. Ueberwachung erachtet die EG-Kommission als römervertragswidrig.

Die von Präsident Pompidou ergriffene Initiative zur raschen Einberufung einer EG-Gipfelkonferenz spiegelt namentlich das französische Erdöldilemma angesichts der gestörten Zufuhren in andern EG-Ländern wieder. Soll Frankreich weiterhin die Karte einer araberfreundlichen Politik spielen oder sich solidarisch mit den bedrängten EG-Partnern erklären? Beängstigend ist in diesem Zusammenhang für uns vor allem die Gefahr der Schaffung einer prioritären und exklusiven EG-Solidarität in bezug auf die Versorgung mit dem raren Erdöl. Diese Beunruhigung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass rund 93 % der von der Schweiz konsumierten Fertigprodukte aus den EG stammen und wir mehr als 60 % der benötigten Erdölprodukte in raffiniertem Zustand einführen müssen, da unsere Verarbeitungskapazität zu klein ist.

Angesichts der bedrohlichen Lage erachten wir die Aufnahme eines Dialogs mit den zuständigen Kommissionsstellen in Brüssel als vordringlich. Es ginge dabei letzten Endes darum, zu verhindern, dass eine die europäischen Drittländer diskriminierende EG-Erdölverteilungspolitik eingeführt wird und im Gegenteil im Sinne der von der Schweiz inspirierten Erklärung des OECD-Erdölkomitees gehandelt wird. Dabei scheint uns ein schrittweises Vorgehen das gegebene. In diesem Sinne beabsichtigen wir - einer formlosen Einladung von Herrn Simonet, Vizepräsident der EG-Kommission und für Energiefragen zuständiger Kommissär, folgend - technische Kontakte anzubahnen zur gegenseitigen Information über geplante Spar- und Restriktionsmassnahmen.

Schweizerischerseits kämen als Gesprächspartner der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge und sein hierfür zuständiger Mitarbeiter in Frage. Sie würden von dem für Energiefragen zuständigen Mitglied unserer Mission in Brüssel begleitet. Herr Direktor Niederhauser teilt unsere Auffassung und wäre bereit, sich in der Woche vom 5. November nach Brüssel zu begeben.

Frankreich, Italien und Deutschland als die weitaus wichtigsten Lieferländer für Fertigprodukte

1972 stammten 41,3 % unserer Bezüge an Fertigprodukten aus Frankreich, 22,4 % aus Italien und 21,3 % aus der BRD.

Ebenfalls im Sinne einer vorsorglichen Massnahme scheint es uns angezeigt, auch direkt in den Hauptstädten dieser Länder Kontakte herzustellen bzw. auszubauen im Hinblick auf eventuell zu treffende Restriktionsmassnahmen. Es wäre auch angezeigt, Gespräche mit den belgischen und niederländischen Behörden zu führen, obwohl wir nur kleine Mengen an Fertigprodukten aus diesen Ländern importieren, die jedoch als eventuelle Alternativbezugsquellen in Frage kommen könnten.

Ziel dieser Kontakte wäre, einerseits genaue Informationen über die Versorgungslage und die Absichten der Regierungen zu erhalten und andererseits, die von der Schweiz im OECD-Erdölkomitee eingenommene Haltung zu bestätigen.

Wir denken dabei nicht an formelle Demarchen, sondern an reguläre Kontakte durch unsere ständigen Vertretungen in den Hauptstädten. Je nach Entwicklung der Lage, könnte später jedoch auch die Entsendung einer vorwiegend handelspolitisch orientierten Delegation aus Bern in Frage kommen.

EFTA-Länder

Wir beabsichtigen, die Frage der Erdölversorgung auch an der am Vorabend der nächsten EFTA-Ministerkonferenz stattfindenden Sitzung hoher Beamten aus den EFTA-Ländern zur Sprache zu bringen.

Um Aufschluss über die Situation im EFTA-Raum und über die Absichten unserer Partner zu erhalten, haben wir unsere Botschaften in den EFTA-Ländern gebeten, uns hierüber Näheres zu berichten. Auf Grund dieser Informationen wird es uns möglich sein, zu beurteilen, was gegebenenfalls Gegenstand einer Besprechung unter hohen Beamten sein könnte.

Mögliche Boykottdrohungen von Seiten Libyens gegenüber der Schweiz

In Zusammenarbeit mit dem EPD verfolgen wir auch diese Frage. Das EPD hat unsere Botschaft in Tripolis um Auskünfte gebeten, die jedoch noch nicht in Bern eingetroffen sind.

Ueberhaupt müsste die Durchführbarkeit eines auf die Schweiz beschränkten libyschen Embargos noch untersucht werden. Es müsste auch geprüft werden, welche Ausweichlösungen gefunden werden könnten. Wir stehen diesbezüglich in engem Kontakt mit einerseits den in der Schweiz tätigen Grossgesellschaften und anderseits den unabhängigen Importeuren.

• • •

Sind Sie mit diesem Vorgehen und insbesondere mit den beabsichtigten vorsorglichen Massnahmen einverstanden?

sig. Jolles

P.S. In der ständerätlichen Aussenwirtschaftskommission ist heute morgen die Auswirkung der Erdölpreise auf den Teuerungsindex besprochen worden. Um eine neue inflatorische Hausse zu bekämpfen, wurde ich gebeten, die Anregung an Sie weiterzuleiten, die Möglichkeit einer Ausklammerung der Heizöl- und Benzinpreise zu prüfen. Es müsse mit allen Mitteln versucht werden, einer neuen Lohn- und Preishausse, die auf einem einzigen Element, nämlich der Erdölsituation, basieren würde, zu begegnen.